

2014-04-01

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

### über die Sitzung des Stadtrates am 19.03.2014

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:49 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal des Rathauses Dessau  
**Leitung der Sitzung:** Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender  
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter  
Frau Storz 2. Stellvertreterin  
**Anwesend:** **Soll: 50** **Ist: 43**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

#### **Es fehlten:**

#### **Fraktion der CDU**

Trocha, Harald

#### **Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**

Andrich, Monika

#### **Fraktion der SPD**

Dreibrodt, Hans-Peter  
Eichelberg, Ingolf

#### **Fraktion Pro Dessau-Roßlau**

Grünthal, Martin

#### **Mitglied Freie Wähler**

Göricke, Hagen

Unentschuldigt

#### **Mitglied DVU**

Knop, Ingmar

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Sitzung des Stadtrates wurde durch den Vorsitzenden des Gremiums, Herrn Dr. Exner eröffnet. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Stadtrates Dessau-Roßlau (derzeit 35 Stimmberechtigte) fest.

## 2 Verpflichtungserklärung der Stadtratsmitglieder Karin Rieche und Hans Tschammer

Infolge der Veränderung der personellen Zusammensetzung des Gremiums konnten als neue Mitglieder Frau Karin Rieche (Fraktion Bürgerliste/Die Grünen) und Herr Hans Tschammer (Fraktion der SPD) begrüßt werden. Herr Dr. Exner nahm diesen die Verpflichtungserklärung gem. § 51, Abs. 2 der Gemeindeordnung zur Ausübung ihrer Amtspflichten ab.

## 3 Beschlussfassung der Tagesordnung

Eine Beanstandung zu der vorgeschlagenen Tagesordnung wurde durch **Herrn Weber, CDU-Fraktion**, vorgebracht. Er stellte fest, dass der Punkt 10.1 im nichtöffentlichen Teil seiner Auffassung nach öffentlich zu behandeln ist. Grundsätzlich seien alle Diskussionen und Beschlussfassungen öffentlich zu führen, es gibt nur wenige ausdrücklich genannte Themen, die davon ausgeschlossen sind.

Bei dem Punkt 10.1 handelt es sich nicht um ein Thema, das zu diesen Ausnahmen zählt. Dieser Punkt sei also im öffentlichen Teil zu behandeln.

Da Herr Weber sich bereits im Vorfeld der Sitzung auch an das Präsidium gewandt habe, wurde die Angelegenheit geprüft, erklärte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner**. Nach Abstimmung mit dem Oberbürgermeister sei das Präsidium aber weiterhin der Auffassung, dass mit Blick auf das Zahlenwerk diese Angelegenheit im nichtöffentlichen Teil zu verhandeln ist.

Wenn es um so grundlegende Aspekte unseres Theaters und den gegenwärtigen Entwicklungsstand geht, besteht eine Informationspflicht gegenüber der Öffentlichkeit, erklärte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**. Sofern es dann in die Geschäftsdaten greift, müsse man die Behandlung in öffentlich und nichtöffentlich teilen. Er warne also vor Geheimniskrämerei, was zu unnötigen Spekulationen führen würde.

Zum Tagesordnungspunkt liege ihm ein detailliertes Zahlenwerk vor, welches Grundlage für die Entscheidung ist, den Tagesordnungspunkt nichtöffentlich zu behandeln, führte **Herr Dr. Exner** aus.

**Herr Weber beantragte** formell die Abstimmung durch den Stadtrat, ob der fragliche Tagesordnungspunkt öffentlich verhandelt wird oder nicht. Grundsätzlich halte er den Vorschlag von Herrn Schönemann für praktikabel, bei Bedarf auch einen Teil nichtöffentlich zu beraten.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, merkte an, derzeit sei nicht im Einzelnen bekannt, was die Verwaltung hier ausführen möchte, ob es evtl. noch nicht spruchreife Dinge sind, die deshalb nicht in die Öffentlichkeit gelangen sollen. Deshalb unterstütze er den Vorschlag, dass Frau Bürgermeisterin Nußbeck öffentlich allgemeine Informationen gibt und alles andere wird nichtöffentlich diskutiert. Wenn dann Teile dabei sind, die hätten öffentlich gemacht werden müssten, ist dies im Nachgang vorzunehmen. Hier sollte aber nicht grundsätzlich etwas in den öffentlichen Teil gelegt werden.

An Frau BM Nußbeck gewandt, bat der **Stadtratsvorsitzende Dr. Exner** sie, unter dem TOP Öffentliche Anfragen und Informationen etwas zu dem aktuellen Sachstand Theater zu sagen. Im nichtöffentlichen Teil könne im Detail nochmals darüber gesprochen werden und das Präsidium würde darauf achten, dass entsprechend den Vorschriften gehandelt wird.

Herr Dr. Exner stellte ferner fest, dass nunmehr ein Procedere festgelegt wurde und der Antrag von Herrn Weber zur Abstimmung steht. Im Ergebnis dieser wurde der **Antrag**, den Tagesordnungspunkt 10.1 öffentlich zu behandeln, **abgelehnt**.

Die Tagesordnung wurde in der vorgelegten Fassung mehrheitlich angenommen.

#### **4 Genehmigung der Niederschrift vom 29.01.2014**

Hinsichtlich der in der Sitzung am 29.01. durch Herrn Bähr beantragten Prüfung der Textpassage zum TOP 7.10 in der Niederschrift vom 11.12.2013 teilte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** folgendes mit. Lt. Mitschnitt konnte festgestellt werden, dass Herr Adamek tatsächlich „Sekundarschule Ziebigk“ gesagt hat, allerdings war die Sekundarschule „Friedensschule“ in Ziebigk gemeint. Insofern ist die Niederschrift richtig und nicht zu korrigieren.

Die Niederschrift zur Sitzung des Stadtrates vom 29. Januar 2014 wurde (bei 4 Enthaltungen) genehmigt.

#### **5 Berichte des Oberbürgermeisters**

##### **5.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt**

Die Informationen des Oberbürgermeisters bezogen sich auf den Zeitraum vom 29. Januar 2014 bis 18. März 2014.

Die **Aktion „Bunt statt Braun“** des Netzwerkes Gelebte Demokratie in Dessau-Roßlau war als demokratischer Protest am 08. März 2014 ein an erster Stelle zu nennender Höhepunkt. Die Bürgerschaft und Gäste stellten sich den gesamten Tag über gegen den Aufmarsch der Neonazis, die geschichtsverklitternd die Oper des Bombenangriffs vom 7. März 1945 für ihre Zwecke missbrauchen wollten. 3.300 Menschen waren in die Innenstadt gekommen, um erneut eine Menschenkette zu bilden. 17 Mahnwachen waren aufgestellt worden und dem Bühnenprogramm zu Beginn am Hauptbahnhof folgte dann erstmalig ein solches an der Museumskreuzung. Als es am Abend noch einen Aufmarsch in Dessau-Nord geben sollte, nutzte der Regionalmarkt seine Marktfestsetzung und zahlreiche Bürger konnten so den Marsch behindern. An dieser Stelle bedankte sich Herr Oberbürgermeister Koschig herzlich bei allen Akteuren.

Das schönste Lob für die gelungene Aktion mit all ihren Einzelinitiativen kam am darauf folgenden Mittwoch aus der Wittenberger Leucorea, als Charlotte Knobloch, langjährige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, auf dem Symposium „Deutschland - eine Nation zwischen Scham und Stolz“ unseren Kampf gegen den braunen Ungeist ausdrücklich würdigte.

Inzwischen gab es im Netzwerk schon eine erste Auswertung, eine weitere mit der Polizei erfolgt noch. Im nächsten Jahr werde es 70 Jahre her sein, dass unsere Stadt beim 19. von 20 Bombenangriffen zerstört wurde. Dann fällt der 7. März auf einen Sonnabend, das heißt für „Bunt statt Braun“ verbieten sich fröhliche Feiern, so dass Herr Koschig bereits heute die Bitte aussprach, mit Anregungen und Hinweisen dem Netzwerk zu helfen, eine dem Tag angemessene Veranstaltung zu organisieren.

Am Freitag, 7. März, fand wieder um 21.00 Uhr der Gedenkgottesdienst statt. Herr Koschig sprach hier seinen Dank dem Pfarrer der Pauluskirche, den Mitgliedern der Gemeinde und den Mitwirkenden an der musikalischen Umrahmung aus.

Der herausragende kulturelle Höhepunkt der vergangenen Wochen war das nunmehr **22. Kurt Weill Fest** vom 21. Februar bis 9. März, das unter dem Motto „Aufbruch - Weill & die Medien“ stand. Bei 50 Veranstaltungen in 17 verschiedenen Spielstätten traten mehr als 300 Künstler aus aller Welt auf. Das Stichwort ‚Medien‘ führte fast zwangsläufig zur Etablierung eines Festivalradiosenders in Kooperation mit RADIO CORAX. WeillFM 88,9 wird von Jugendlichen produziert, die mehr als 400 Stunden Festivalradio sendeten, ca. 50 davon live aus dem Studio im Radisson Blu Fürst Leopold Hotel Dessau und ca. 20 live aus dem Alternativen Jugendzentrum Dessau, das auch Partner des Projektes war.

Der absolute Höhepunkt war aber sicher die Tweetfonie. Generalmusikdirektor Antony Hermus und die Anhaltische Philharmonie Dessau als Artist-in-Residence setzten hier ihren 17 eigenen Festivalbeiträgen die Krone auf. Die Idee, das neue Medium Twitter für musikalische Kompositionen zu nutzen, hätte wahrlich auch Kurt Weill erfreut. Die Tweetfonie war ein weltweiter Erfolg. Aus rund 150 Melodien wurden 53 ausgewählte Tweets an 40 internationale Komponisten geschickt. Aus den jeweiligen Twitter-Melodien wurden ca. 1-minütige Orchesterwerke arrangiert, die in zwei Partien live im Bauhaus aufgeführt wurden. Mehr als 3.000 Menschen haben das Konzert über den Festivalsender und im Internet verfolgt.

Herr Oberbürgermeister Koschig dankte der Mannschaft um Intendant Michael Kaufmann, allen Partner, Sponsoren und Förderern, vor allem aber der Anhaltischen Philharmonie, die trotz schwieriger Zeiten zur Höchstform auflief.

Zum Thema der **Theaterfinanzierung** informierte Herr Koschig an dieser Stelle, dass der Haupt- und Personalausschuss auf seiner Sondersitzung am 5. März 2014 eine Alternativvariante der Theaterleitung auf der Grundlage von 90%-Teilzeitverträgen billigte und die Verwaltung beauftragte, dieses Modell mit dem Kultusministerium zu verhandeln. Eine Antwort liegt hier noch nicht vor. In dem Zusammenhang bat Herr Koschig darum, dass die Theaterleitung an der heutigen Beratung zu diesem Thema im nichtöffentlichen Teil der Sitzung anwesend sein kann.

Am 24.02.2014 stellte Kultusminister Stephan Dorgerloh das **Landeskulturkonzept Sachsen-Anhalt 2025** vor. Die Mitglieder des Kulturausschusses bekommen je ein Exemplar des Landeskulturkonzeptes ausgehändigt zur Diskussion in den jeweiligen politischen Gremien.

Für die Erarbeitung und Fortschreibung eines **Kulturentwicklungsplanes** war im Kulturamt eine befristete Stelle eingerichtet worden. Diese ist am 28. Februar ausgelaufen. Folgende Projekte wurden durchgeführt:

1. Kulturentwicklungsplanung mit Bestandserfassung, Analyse, Bürgerbeteiligungsverfahren, Thementischen, Erarbeitung einer Rahmenkonzeption mit Leitthemen, zentralen Handlungsfeldern, Konzeption weiterer Strategiepapiere mit den Inhalten Dessauer Kultursommer, Kulturverbund, Gedenkkultur.
2. Marktplatz Kultur und Schule; die Planung und Organisation für die Durchführung des Pilotprojekts der Bildungsinitiative Kinder zum Olymp der Kulturstiftung der Länder in unserer Stadt.
3. Die Koordination und Beratung lokaler Bündnisse innerhalb des Programmes „Kultur macht stark – Bündnisse für Bildung“.
4. Die Mitarbeit im Netzwerk „Fete de la Music Sachsen-Anhalt“ – inzwischen ein europäisches Netzwerk. Hier lag im Jahr 2013 die Projektsteuerung der ersten Fete in Dessau-Roßlau.
5. Die Vorbereitung und Erarbeitung der fachspezifischen Stellungnahmen aus dem Kulturamt für das Integrierte Stadtentwicklungskonzept.

Insofern liegt eine ganze Reihe von Papieren vor für die weitere Arbeit,

- der Zwischenbericht der Bestandsaufnahme des Kulturangebotes, das im Januar nochmals aktualisiert ist und ins Netz gestellt wurde. Auch hier benötigen wir nach wie vor Hinweise und Anregungen, da es ein Papier ist, das der ständigen Überarbeitung bedarf,
- die 4 Entwürfe der Strategiepapiere zum zentralen Handlungsfeld Kulturtourismus, zum zentralen Handlungsfeld kulturelle Bildung, zur Verbundeinrichtung und Dessauer Sommer.

Der Zwischenstandsbericht der Moderatoren hatte bereits Leitthemen und Handlungsfelder genannt. Hier arbeiten wir am Leitthema Bauhausstadt. Der Masterplan Bauhausstadt wurde beschlossen und die Umsetzung des Masterplanes und die Fortsetzung desselben bindet viel Kraft im Haus. Weitere Themen, wie die Umfeldgestaltung am Kornhaus und Törten müssen noch bearbeitet werden.

Zum Leitthema „Gartenreiche Dessau – Wörlitz“ wurde intensiv an der Übertragung des Georgiums an die Kulturstiftung Dessau – Wörlitz gearbeitet, die aber leider trotz Vermittlungsbemühungen aus dem Kultusministerium, wenigstens eine Kooperation zu bekommen, nicht zustande kam. Die Kulturstiftung hat sich hier unter Hinweis auf fehlende Ressourcen auf eigene Projekte zurückgezogen.

Zum Leitthema „UNESCO- Biosphärenreservat Mittelelbe“ hat uns das Hochwasser in Sachen juristisches Zusammendenken von Kultur und Natur stark zurückgeworfen.

Zum Leitthema „Stadt der Aufklärung und der Experimente“ unterstützen wir gesellschaftliche Träger und fördern deren Projekte, wie die Moses-Mendelssohn-Stiftung zur Förderung der Geisteswissenschaften, Technikmuseum „Hugo Junkers“, hier erinnerte Herr Koschig an den Brandschutz. Das geistige Potenzial und das Vorhandensein von Kreativität in unserer Stadt wird von uns gefördert, hier erinnerte er an die Koordination durch unsere Ego-pilotin im Gründerzentrum zur Innovationsförderung, die Unterstützung des Erhalts von Vororthaus- und Vorortladen sowie der Kooperation mit der Hochschule Anhalt.

Zum Handlungsfeld Kulturmanagement gibt es eine sehr hohe Erwartungshaltung an den Dienstleister Kulturverwaltung und Verwaltung allgemein, was eben auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung leider unzureichend erfüllt werden kann.

Zu erwähnen ist das Handlungsfeld Anerkennungskultur, ein sehr gutes Beispiel ist hier der Bürgerpreis der Sparkasse Dessau. Am 13. März konnten hier 8 vorbildliche Initiativen ausgezeichnet werden. Allen Ausgezeichneten sprach Herr OB Koschig herzliche Glückwünsche aus.

Zum Handlungsfeld kulturelle Bildung liegt der Entwurf eines Strategiepapiers vor, hier werde an der Neufassung einer Stelle im Krötenhof gearbeitet und „Lernen vor Ort“ ist hier ein wichtiger Partner. Gleiches gelte für das Strategiepapier Kulturtourismus und Dessauer Sommer.

Wie es weitergeht, dazu habe Herr Koschig nach Auslaufen der Stelle zu einer Klausurberatung im Kulturamt am kommenden Sonnabend, 22. März, eingeladen. Er werde darüber berichten.

Die **Anhaltische Landesbücherei** ist im Förderprogramm „Lesen macht stark“ ausgewählt, hat den Zuwendungsbescheid erhalten und wird in der Leseförderung von sozialbenachteiligten Kindern finanziell unterstützt.

Am 23. März 2014 feiert der Trägerverein **Oelmühle e.V. Roßlau** im Rahmen einer Festveranstaltung sein 10jähriges Bestehen. Durch das unermüdliche Wirken des Vereins hat sich die Einrichtung während dieser Zeit als Soziokulturelles Zentrum mit speziellen Angeboten für Kinder und Jugendliche etabliert.

Auf Nachfragen des Runden Tisches der Religionen wurde durch die Integrationskoordinatorin die **Zuwanderungssituation aus südosteuropäischen Ländern** erläutert. Die Zuwanderung von Menschen aus Bulgarien und Rumänien, speziell von Sinti und Roma, wird derzeit vielfach öffentlich diskutiert. Dessau-Roßlau ist kein bevorzugtes Zuwanderungsziel dieser Bevölkerungsgruppen.

Insgesamt lebten zum Jahreswechsel 2013/2014 meist schon seit längerer Zeit 73 bulgarische und rumänische Menschen in unserer Stadt. Sie sind gut integriert, arbeiten in der Gastronomie, als Orchestermusiker am Anhaltischen Theater, als Techniker, sind Mediziner am Klinikum oder studieren an der Hochschule Anhalt.

Für reisende Sinti und Roma hält die Stadt Dessau-Roßlau den Platz im Vorderen Tiergarten vor. Dieser wird durchschnittlich einmal pro Jahr genutzt.

Zum 31.12.2013 lebten 2.220 Mitbürgerinnen und Mitbürger mit einem ausländischen Pass in unserer Stadt. Darunter sind fast 500 Studierende an der HS Anhalt. Ein Drittel der zugewanderten Menschen stammt aus Europa, ein weiteres Drittel aus Asien, etwas über 10 Prozent aus dem arabischsprachigen Raum.

Das am häufigsten genannte Herkunftsland ist China mit 327 Personen, gefolgt von der Ukraine (188 Personen), der Russischen Föderation (169 Personen) und Vietnam (148 Personen).

Der **Jahresbericht 2013 der Feuerwehr Dessau-Roßlau** ist im Internet auf der Stadtseite ([www.dessau-rosslau.de](http://www.dessau-rosslau.de)) unter dem Stichwort Feuerwehr abrufbar. Herr OB Koschig dankte allen Kameradinnen, Kameraden und Rettungskräften für ihren Dienst. Der Bericht weist beeindruckende Zahlen im Jubiläumsjahr 150 Jahre Feuerwehr auf. Allein 44.121 Notrufe gingen in unserer Einsatzleitstelle im Jahr 2013 ein.

Herr Oberbürgermeister Koschig verwies auf das Amtsblatt der Stadt vom Oktober 2013, worin die Abgabe der 256 eingegangenen **Widersprüche gegen den Beschluss des Stadtrates vom 10. Juli** an die entscheidungszuständige Kommunal-aufsichtsbehörde bekannt gemacht wurde. Dies betraf die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens zum Erhalt des Stadtnamens Dessau-Roßlau. Das Landesverwaltungsamt habe nun informiert, dass die Widerspruchsbescheide zu diesen 256 Widersprüchen bis zum 31. März versandt werden sollen.

An dieser Stelle betonte Herr Koschig, dass die Stadt keinen Einfluss auf die Widerspruchsbearbeitung beim Landesverwaltungsamt hat.

Wie Herr OB Koschig bereits in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses informierte, ist die **Jahresabschlussprüfung des Jahres 2011** redaktionell fertiggestellt. Die entsprechende Vorlage wird am 31. März in der Dienstberatung des OB behandelt. Bis Ende April soll die Stellungnahme des OB vorliegen, so dass der Rechnungsprüfungsausschuss in der 21. oder 22. Kalenderwoche den Jahresabschluss behandeln und der Stadtrat in seiner Sitzung am 18. Juni auch feststellen kann.

Über 1500 Zuschauer sorgten am 27. Februar 2014 in der Anhalt Arena Dessau für eine stimmungsvolle Atmosphäre zum **Internationalen Springermeeting**, das seit nunmehr dreizehn Jahren zu den absoluten Top-Spezialmeetings in Deutschland und sogar weltweit gehört.

Stimmungsvoll war ebenso wieder der **Karnevalsumzug** in der Stadt Dessau-Roßlau am 2. März 2014, dem Tulpensonntag.

„Jenseits der 60 - wie wollen wir leben?“ - so heißt eine Studie, die das Amt für Soziales und Integration der Stadt Dessau-Roßlau in diesem Monat begonnen hat. Hierbei handelt es sich um ein Projekt, das sich vor dem Hintergrund der Handlungsempfehlungen aus der Sozialplanung 2010 und aus den Entwicklungsstrategien der Pflegestrukturplanung 2013 mit dem Thema Leben und Wohnen im Alter und mit Behinderung auseinandersetzt.

Dabei sollen sowohl der Wohnungsbestand als auch das infrastrukturelle Wohnumfeld auf ihre Tauglichkeit und Zukunftsfähigkeit für ein altengerechtes Leben und Wohnen untersucht werden. Schwerpunkte bilden hierbei kleinräumige Untersuchungen

- des Wohnens,
- der Möglichkeiten nachbarschaftlicher Begegnung,
- der vorhandenen Grundversorgung,
- der kulturellen Teilhabe und
- der medizinischen und pflegerischen Versorgung.

Die Ergebnisse beider Projektphasen münden zum Ende des Jahres in einen „Strategie- und Maßnahmenkatalog zur Entwicklung altengerechter Wohnquartiere“. Darüber hinaus werden die gesammelten Daten und Erkenntnisse in einen Aktionsplan für eine seniorenfreundliche Stadt einfließen können und sollen zur Erstellung eines barrierefreien Stadtplanes und eines Ratgebers für Menschen mit Behinderung herangezogen werden.

Die Studie wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend innerhalb des Förderprogramms „Anlaufstellen für ältere Menschen“ gefördert.

Herr OB Koschig erklärte, eine förmliche Aufhebung des **Beschlusses des Stadtrates betreffs Klageerhebung** zum FAG zu den Remanenzkosten ist nicht erforderlich, da hier der Landtag reagiert hat und damit die Grundlage für eine gerichtliche Klage entzogen wurde. Insofern genüge die Information darüber.

Eine Übersicht über die Umsetzung der Beschlüsse, der Hochwasserbericht und zum Baugeschehen der Stadt war schriftlich ausgereicht worden, worauf Herr Oberbürgermeister Koschig verwies. Zum Baugeschehen ergänzte er folgende Maßnahmen, die jedoch nicht von der Stadt durchgeführt werden:

Am kommenden Freitag, 21. März, wird mit dem **Ersten Spatenstich** in der DB Fahrzeuginstandhaltung GmbH, dem früheren RAW, die Errichtung des modernsten **Lokprüfzentrums** Europas begonnen. Diese 13-Mio. €-Investition, damit die zweithöchste nach IDT Biologika in unserer Stadt, ist ein wichtiger Meilenstein beim Ausbau des Standortes Dessau-Roßlau der DB Fahrzeuginstandhaltung und sichert dem größten Industriebetrieb von Stadt und Region eine nachhaltige Entwicklung. Ab August 2015 können dann alle elektrisch betriebenen Loks, die in Deutschland und Europa unterwegs sind, auf ihre Funktionsfähigkeit in unserer Stadt geprüft werden. Diese Investition ist das schönste Geschenk, das sich das Werk selbst zum 85. Geburtstag macht.

Mit dem **Umbau des Eisenbahnknotens Roßlau – Dessau** werden die Gleisanlagen im Bahnhof Roßlau umfassend modernisiert. Die Signalanlagen werden komplett erneuert, es kommen elektronische Stellwerke zum Einsatz. Weiterhin wird die Entwässerung der Streckenanlagen sowie des zugehörigen Bahnhofs komplett erneuert. Die Bauleistungen zur Ertüchtigung der Entwässerung sind derzeit im Uferbereich der Bahnüberführung über die Elbe an der Rosselmündung sichtbar. Es ist vorgesehen, an dieser Stelle den bereits vorhandenen Regenwasserabschlag der Bahnbetriebsanlagen komplett zu erneuern sowie mit einem neuen Einleitbauwerk in die Elbe zu versehen.

Im Rahmen der Kooperation mit dem Kompetenzzentrum **Stadtumbau** haben sich Studierende des 3. Semesters Bachelor-Studium der Beuth Hochschule für Technik Berlin mit der **Verdichtung der Dessauer Innenstadt**, speziell der Langen Gasse befasst. Ziel ist es, die zentralen Funktionen der Innenstadt als Ort der Arbeit und Wirtschaft, der Kultur und des Tourismus, des Handels, der Freizeit und der Bildung, aber auch des Wohnens zu bündeln. Die DWG hat mit der Sanierung des Wohnblocks in der Poststraße/Lange Gasse begonnen.

Am 1. Februar fand wieder der **Tag der Offenen Tür der Hochschule Anhalt**, Standort Dessau, statt.

Seinen Bericht schloss Herr OB Koschig mit der Information über zwei Ehrungen.

- Während des Kurt-Weill-Festes erhielt am Sonntag, 23. Februar, Prof. Guido Freudenthal aus Tel Aviv den Dessauer **Moses-Mendelssohn-Preis** zur Förderung der Geisteswissenschaften 2014. Es war eine sehr würdige Veranstaltung

für unsere Stadt als Heimatstadt Mendelssohns, wie auch als Heimstatt der Aufklärung, die sie in das Licht der Öffentlichkeit hebt.

- Gestern, 18.03.2014, wurde unser ehemaliges Stadtratsmitglied Harald Laue aus Anlass seines 60. Geburtstages in Würdigung seiner Verdienste um das gesellschaftliche Leben in unserer Stadt, speziell im Ortsteil Mildensee mit einer Eintragung in das **Ehrenbuch der Stadt Dessau-Roßlau** geehrt.

Abschließend gab Herr OB Koschig leider auch eine traurige Mitteilung heraus: Am Samstag, 15. März ist der Sachsenberg-Preisträger unserer Stadt, Otto Pötsch, verstorben. Ihm werde stets ein ehrendes Andenken bewahrt.

## 5.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Mit Blick auf den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Stadtrates am 29.01.2014 gab Herr OB Koschig den gefassten Beschluss über die

Erweiterung der Belastungsvollmacht für ein kommunales Grundstück im Gewerbegebiet Dessau-Mitte

bekannt.

## 6 Einwohnerfragestunde

Als Mitglied des Elternkuratoriums Hort „Waldwichtel“ sprach **Frau Annett Gens**, Dessau-Roßlau, Am Finkenherd 10, die Platzproblematik im Hort der Grundschule an. Seit 2004 besteht dieses Problem, welches sich mit der Einschulung einer 3-zügigen 1. Klasse 2013 verschärft hat. Es herrscht eine 100 %ige Doppelnutzung der Räume. Es gibt keine klare räumliche Trennung zwischen Schule und Hort. Die Arbeitsmöglichkeiten beider Einrichtungen sind deutlich eingeschränkt, so dass der Hort das Bildungsfördergesetz nicht oder nur mangelhaft umsetzen kann. Die Kinder sind in ihren Entfaltungsmöglichkeiten eingeschränkt. Es ist auch zu laut und die Eltern sorgen sich, ob die Erzieher ihre Aufsichtspflicht immer erfüllen können.

Die Frage an die Stadt, die auch bereits im Ortschaftsrat Roßlau gestellt worden war, lautet: Wie und wie zeitnah kann das Problem gemeinsam gelöst werden?

In seiner Beantwortung bedankte sich **Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler**, dass die Fragen schon im Vorfeld der Sitzung an ihn übergeben worden sind. Die Kontakte der letzten Wochen haben gezeigt, dass das Elternkuratorium selbst auch an der Lösung mitarbeiten wolle. Die Situation im Hort „Waldwichtel“ sei in der Tat sehr problematisch. Langfristige Lösungen, die einer Entflechtung der Doppelnutzung dienen, sind sehr aufwendig. Kurzfristig habe man sich in der Verwaltung gemeinsam mit dem Träger des Hortes, dem Eigenbetrieb DEKITA verständigt, zwei Lösungsschritte vorzuschlagen.

Es wurde festgestellt, dass es Kapazitäten in einer anderen Einrichtung gibt, die man gern nutzen möchte und die eine kurzfristige Lösung zum 1. Mai ermögliche, die Überbelastung im Hort „Waldwichtel“ etwas herunter zu nehmen. Hierzu müsse man jedoch nochmals gemeinsam ins Gespräch kommen und auch mit der Einrichtung „Fuchs und Elster“ in Roßlau.

Eine mittel- oder langfristige Lösung werde zurzeit durch den Eigenbetrieb DEKITA dahingehend geprüft, ob es Sinn macht, eine Containerlösung nicht nur in Form der Miete zu erwerben, sondern zu kaufen. Man gehe davon aus, dass auch an anderen Standorten ein Mehrbedarf eintreten kann oder Sanierungen nötig sind, an denen dieser zum Einsatz kommen kann. Dies sei mit großen finanziellen Aufwendungen verbunden, die man aber auch nicht scheuen wolle. Die langfristige Lösung setze jedoch voraus, dass die Möglichkeiten geschaffen werden, dass unser Eigenbetrieb DEKITA flexibel und losgelöst von Haushaltszwängen der Stadt agieren kann, betonte Herr Dr. Raschpichler. Hierzu sei man derzeit in der Prüfung, wie ein solches Verfahren aussehen könnte.

Zusammenfassend erklärte Herr Dr. Raschpichler, die genannte kurzfristige Lösung würde er gern nach dem 1. April mit dem Elternkuratorium diskutieren. Die mittel- oder langfristige Lösung werde durch den Eigenbetrieb ernsthaft geprüft.

**Frau Gens** bedankte sich für die erste Antwort, die man nach einem halben Jahr bekam. Die Mitglieder des Elternkuratoriums freuen sich darauf, dass man auf sie zukomme, um einen Termin zu vereinbaren. Hier bestätigte **Herr Dr. Raschpichler**, dass man einen Termin vorschlagen werde.

**Herr Andreas Kühne**, wohnhaft in Dessau-Roßlau, Luxemburgstraße 8, machte auf die Kopie seines Schreibens an das Bauverwaltungsamt, welches er dem Stadtrat, dem Oberbürgermeister und dem Wirtschaftsdezernenten habe zukommen lassen, aufmerksam. In dem Schreiben habe er erhebliche Kritik an den Umständen zum Abriss des Arzneimittelwerkes geübt. Er erwarte auf dieses Schreiben eine Antwort. Nach seinen Erfahrungen mit dem Bauverwaltungsamt könne dies Monate dauern.

Ergänzend zu dem Schreiben erwähnte Herr Kühne, erfahren zu haben, dass die Stadt kein Nachnutzungskonzept für das Areal hat und auch diesbezüglich keine Untersuchungen anstellte über die Wirtschaftlichkeit, die eingesetzten finanziellen Mittel und inwiefern es Sinn macht. Das wichtigste Kriterium, warum dort ein Abriss erfolgte, sei der Leerstand. Andererseits habe er aber der Stadt schon mehrmals mitgeteilt, dass er das von ihm genutzte Gebäude weiter nutzen möchte und sogar bereit wäre, die optischen Mängel an der Fassade (Putz und Farbe) selbst auszubessern. In dem Zusammenhang habe er auch angeboten, an dem Kauf dieses Gebäudes interessiert zu sein. Das habe man aber ohne Benennung der Gründe abgelehnt.

Im Zusammenhang mit den für den Abriss eingesetzten Mitteln interessiere ihn, wie hoch diese sind. Diese Angabe gehe aus den öffentlich zugänglichen Unterlagen nicht hervor. Der Bauleiter und die Architektin von der SALEG, die mit der Angelegenheit vertraut sind, halten sich bedeckt. Es schwebt eine Summe von 600 T€ in der Luft, die allein für den Abriss ausgegeben werden soll, weshalb sich die Frage stelle, ob man mit diesen 600 T€ nicht auch etwas Vernünftiges tun kann.

Der Eingang des ausführlichen Schreibens von Herrn Kühne wurde von **Herrn Beigeordneten Hantusch** bestätigt. Er informierte, dass in den nächsten Tagen Gespräche zwischen der Stadt und dem Eigentümer, der SALEG, stattfinden. Im Anschluss daran würde Herr Hantusch sich wieder mit Herrn Kühne in Verbindung setzen.

**Herr Peter Fischer**, Bauhofstraße 5 in 06842 Dessau-Roßlau, bat um schriftliche Beantwortung zu folgenden Fragen:

1. Welche Kosten wurden zur Beseitigung von Hochwasserschäden an der Infrastruktur im Industriehafen Roßlau von EU, Bund, Land Sachsen-Anhalt dem Hafen selbst und deren Gesellschaftern seit 1990 finanziert? Welche größeren Anlagenteile waren von Hochwasserschäden betroffen?
2. Wie lange war der Umschlag durch Hochwasserschäden an Hafeninfrasturktur während und nach Durchgang von Hochwässern unterbrochen?
3. Welche gesamtwirtschaftlichen Schäden durch unterbliebene oder eingeschränkte Transportleistung folgten daraus?

Des Weiteren sprach **Herr Fischer** an, dass bisher die Kabelgebühren Bestandteil der Mietverträge waren. Wer Kosten der Unterkunft (KdU) erhielt, musste diese nicht aus eigener Tasche bezahlen. Durch die Kündigung der Verträge der DWG mit dem Kabelnetzbetreiber Telecolumbus und der Vorgabe der DWG an die Mieter, einen privaten Vertrag mit dem neuen Kabelnetzbetreiber Datel abzuschließen, stelle sich nun die Frage, ob die Kosten weiterhin vom Jobcenter übernommen werden. Zu dieser Frage bat er, öffentlich eine Antwort zu geben.

Die Frage richte sich in zwei Richtungen, sowohl an das Jobcenter und auch an die Stadt, stellte **Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler** fest. Er könne die Frage jedoch aus dem Stegreif nicht beantworten und werde Herrn Fischer die Beantwortung in geeigneter Form öffentlich zukommen lassen (Presse o. Ä.).

Zu Wort meldete sich **Herr Peter Vester**, wohnhaft in Dessau-Roßlau, Am Pfaffengrund 17 b. Als Mitglied des Ortschaftsrates und der Bürgerinitiative gegen die Biogasanlage Luckoer Straße stellte er zum Thema Biogasanlagen folgende Fragen, zu denen er eine schriftliche Beantwortung erwarte:

1. Wer ersetzt den Grundstückseigentümern in mittelbarer oder unmittelbarer Nähe von sog. Biogasanlagen den Wertverlust ihres Grundstücks oder Wohnbebauungen einschließlich Gewerbegrundstücke und Gebäude? (Die Stadt Dessau-Roßlau oder der Stadtrat und dessen Mitglieder, welche die entsprechenden Beschlüsse dazu gefasst haben, oder andere?)  
Schon mit der Planung treten diese Verluste ein und es erhöhen sich alle Kredite, die die Bewohner oder Gewerbetreibenden bei ihrer Bank beantragen.
2. Wer haftet bei Havarien von Methangananlagen in welcher Höhe für Schäden an Gebäuden, sonstigem Privateigentum in mittelbarer und unmittelbarer Nähe, wenn die Summe der Haftpflichtversicherung des Betreibers nicht reicht?
3. Wer haftet für Schäden wie Verschmutzung des Grundwassers, der Gewässer, bei Fischsterben, also der Umwelt und bei gesundheitlichen Schädigungen bei den betroffenen Menschen?
4. Wer trägt bei einer solchen Havarie bei sog. Biogasanlagen die Beweislast – der Geschädigte oder der Schadensverursacher?

Diese Fragen stellte Herr Vester aus aktuellem Anlass, weil eine Biogasanlage kein Komposthaufen ist, wie man ihn vom Garten kenne oder um privilegierte Anlagen, die neben Stallanlagen liegen, hier geht es um Großanlagen.

**Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** sagte zu, dass mit dem Rechtsamt der Stadt die Klärung und Beantwortung erfolgen werde.

**Herr Ginskey**, Alte Leipziger Straße 13, richtete die Fragen an die Verwaltung und das Gremium Stadtrat, ob sich jeder der Stadträte, die sich für den Standort des

Bauhausmuseums an der Friedrichstraße/Ecke Kavallerstraße entschieden haben, im Klaren waren, welche Aspekte beseitigt werden müssen. Herr Ginskey führte diese auf:

- Stele für Alberto Adriano im Stadtpark
- Bäume (hier sei durch Frau Dr. Kegler die Aufnahme der Bäume zu veranlassen, die weg müssten)
- Toilettenanlage für die Behinderten
- Hauptkabel der Post in Richtung Süd
- Basketballplatz
- OdF-Gedenkstätte.

Herr Ginskey bezog sich in einer zweiten Anfrage auf den Zaun am Friedhof III. Hier seien bereits etliche Felder herausgefallen und es besteht eine Unfallquelle für die Straßenbahn oder die Radfahrer.

**Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** erklärte, die Stadträte seien sich gewiss im Klaren zu den von ihnen gefassten Beschlüssen. Diese seien vor der Beschlussfassung in den Ausschüssen ausführlich beraten worden. Hinsichtlich der zweiten Frage sagte Dr. Exner eine Prüfung und Beantwortung durch Frau Bürgermeisterin Nußbeck zu.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt. Der Tagesordnungspunkt wurde geschlossen.

## **7 Öffentliche Anfragen und Informationen**

### **7.1 Bericht der Integrationskoordinatorin**

Der **Stadtratsvorsitzende Dr. Exner** begrüßte Frau Wohlfahrt und wies darauf hin, dass diese für die Beantwortung von Nachfragen zur Verfügung steht. Der Bericht der Integrationskoordinatorin war den Mitgliedern des Stadtrates mit den Unterlagen zur Sitzung zugesandt worden.

Sich auf diesen Bericht beziehend, stellte **Frau Sanftenberg, Fraktion Die Linke**, folgende Fragen:

- Unter dem Punkt „Weitere Aufgaben“ werden unter dem ersten Anstrich „Qualifizierungsmaßnahmen zur Erhöhung der interkulturellen Kompetenz der kommunalen Bediensteten“ genannt, weshalb sie wissen wollte, ob dies so gemacht werde und wann.
- Der dritte Anstrich nennt die Einrichtung einer lokalen Integrationsdatenbank. Hier frage sie, was darunter zu verstehen sei.
- Etwa am Ende des Berichtes gehe es um eine „Vorbereitungs-klasse / Sprachklasse“. Frau Sanftenberg würde es begrüßen, wenn Frau Wohlfahrt im Kulturausschuss diesen Punkt näher erklären könnte.

**Frau Wohlfahrt**, Integrationskoordinatorin, führte hinsichtlich der Qualifizierungsmaßnahmen aus, diese seien in der Planung. Es gibt ein Angebot der Deutschen Angestelltenakademie und der Auslandsgesellschaft in Sachsen-Anhalt. Die Maßnahmen werden ämter-spezifisch im Verlauf dieses oder des kommenden Jahres durchgeführt.

Die Datenbank ist ebenfalls in Arbeit, es geht dabei um die Bündelung aller Angebote, die es in der Stadt Dessau-Roßlau gibt. Diese werden zusammengestellt und evtl. auch online gestellt, damit ein Zugriff darauf möglich ist.

Das Angebot, im Kulturausschuss zur Sprachklasse zu berichten, nahm Frau Wohlfahrt gern an.

Der Tagesordnungspunkt wurde geschlossen.

## **7.2       Berichterstattung über die Arbeit des Gestaltungsbeirates für den Zeitraum 2011 - 2014**

Den Bericht des Beirates für Stadtgestaltung stellte **Dipl.-Ing. Boris Krmela**, Stadtplaner und Vorsitzender des Beirates, dar. Der Beirat wurde in der jetzigen Zusammensetzung 2011 durch den Stadtrat berufen und ist seit dieser Zeit ehrenamtlich tätig.

Die Mitglieder des Gestaltungsbeirates opfern einen Teil ihrer Freizeit dafür, gute Gestaltungslösungen für Dessau-Roßlau anhand vorgelegter Projekte zu diskutieren. Das waren bzw. sind insbesondere Projekte, die sich an öffentlichen Straßen der Stadt befinden oder selbst Straßen, Platzgestaltungen oder Gestaltungen von Freiflächen innerhalb der Stadt betreffen.

Damit ist der Beirat ein Forum, in dem in guter Weise interdisziplinär über gute Stadtgestaltung anhand konkreter Projekte diskutiert werde. In den Diskussionen des Beirates geht es immer um die Bewertung baukultureller Angemessenheit mit Blick auf die vorgestellten Planungen und Projekte im Verhältnis zum jeweiligen Ort in der Stadt. Die passiert entweder im Sitzungsraum oder direkt vor Ort. Gemeinsam mit dem Bauherrn oder dem Architekten bilde man sich eine Meinung.

Die zu beratenden Themen werden von der Geschäftsstelle des Beirates beim Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste (jetzt neu) oder auch von den Beiräten selbst im Beirat eingebracht. Dies geschieht so frühzeitig wie möglich, also möglichst im Vorfeld konkreter möglicher Antragsverfahren.

Bei der Abarbeitung der Tagesordnung unterziehe man sich im Beirat zunächst einer grundsätzlichen eigenen Meinungsbildung, danach gibt es in der Regel die Präsentation der eingeladenen Bauherren mit oder ohne Architekten zu den Projekten. Die Meinungsbildung im Vorfeld dient im Wesentlichen dazu, die städtebaulichen und landschaftsplanerischen Ziele der Stadt Dessau-Roßlau in der Diskussion für das konkrete Vorhaben zu wahren.

Die Positionen des Beirates gehen dann in Empfehlungen an den Bauherrn und Architekten zur weiteren Projektbearbeitung über, insofern unterstützt der Beirat die (ggf. privaten) Bauherren und Architekten, aber auch die Arbeit des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt und des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport.

Herr Krmela erklärte, seit dem Jahr 2002 diesem Beirat anzugehören. Der Beirat arbeitet ehrenamtlich und tagt seit der Berufung durch den Stadtrat am 25.05.2011 fast monatlich in nichtöffentlicher Sitzung. Es wird ein nicht abreißender hoher Bera-

tungsbedarf festgestellt, dennoch werde es in der Regel geschafft, die Sitzungsdauer auf jeweils 3 Stunden zu begrenzen. Während dieser Zeit erhält ein Projekt seinen letzten Schliff, manchmal geht es aber auch sehr kontrovers in der Diskussion zu. Herr Krmela betonte jedoch, es ist immer eine faire und sachbezogene Diskussion der berufenen Mitglieder untereinander wie auch den Bauherren gegenüber.

In den vergangenen drei Jahren gab es Schwerpunkte im Stadtgebiet. Durchschnittlich wurden pro Sitzung zwei neue Vorhaben beraten und ebenso viele wieder aufgenommen. Bei wenigen Projekten war die Situation dergestalt, dass man zwischen drei und fünf Wiedervorlagen benötigte, bis die empfohlene Gestaltqualität für die Projektrealisierung erreicht war. Das spricht aber auch für diejenigen, die im Beirat versprechen, dass sie Interesse haben, dieses Diskussionsforum für die Qualifizierung ihrer eigenen Projekte zu nutzen.

Im Weiteren stellte Herr Krmela einige gelungene Projekte aus der Diskussion im Beirat dar. Dabei handelte es sich um die Kita der ADA, das Seniorenzentrum Elballee, den Kreisverkehr an den 7 Säulen, die Sporthalle am Philanthropinum.

Es müsse dabei immer bedacht werden, dass dem Beirat nur die Zeichnungen vorgelegt wurden zu den mittlerweile fertiggestellten Projekten und die Nagelprobe für den Beirat besteht dann auch darin, ob nach Fertigstellung die Empfehlungen des Beirates hilfreich waren oder ob die Bauherren sie aufgegriffen haben. Kürzlich seien erst die barrierefreie Erschließung des Wohnblocks an der Wolfgangstraße und die Veränderungen hinsichtlich der Sanierung am Österreichviertel fertiggestellt worden. Nicht zu vergessen ist die Freiraumgestaltung im Hinblick auf das Sport- und Kulturzentrum (SPUK) und ein Wohnungsbauvorhaben in der Wolframsdorffstraße durch die Wohnungsbaugenossenschaft Dessau, das in beispielhafter Weise für sich stehen kann.

Abschließend führte Herr Krmela aus, die institutionell berufenen sachkundigen Mitglieder des Beirates haben sich bereit erklärt, auch eine weitere Legislaturperiode die ehrenamtliche Arbeit fortzuführen. Im Mai d. J. stehe für sie die Neuberufung an. Angestrebt werde seitens der Beiratsmitglieder eine zukünftig noch stärkere Präsenz bei öffentlichen Anlässen, so z. B. zum Tag der Architektur oder bei baufachlichen Tagungen. Man könne sich auch vorstellen, dass der Internetauftritt der Stadt Dessau-Roßlau dem Beirat für Stadtgestaltung Raum gibt.

**Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** bedankte sich für die Ausführungen und eröffnete die Möglichkeit für Fragen.

**Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, fragte nach, ob der Beirat bei guten Vorschlägen auch bei kommunalen Bauvorhaben schon gescheitert sei. Er bitte, vielleicht ein Beispiel dafür zu nennen.

Seine Bedenken, hier eine Antwort zu geben, äußerte **Herr Krmela**. Er müsste hier in einem öffentlichen Gremium und öffentlichen Rahmen aus einer nichtöffentlichen Sitzung berichten. Dies könne er auch als Vorsitzender dieses Beirates für Stadtgestaltung im Moment nicht vertreten.

Für die Arbeit und gute Führung in diesem Beirat bedankte sich **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, bei Herrn Krmela. Dies betreffe auch die Kooperation mit dem Fachausschuss. Allerdings beschäftige ihn ebenfalls die Frage (dies sei sicher der Hintergrund der Anfrage von Herrn Dr. Weber), ob es künftig gelingt, bei städtischen Projekten in der Vorkonzipierung, was die Stadt selbst in der Vorbereitung ämterübergreifend bis zur Einreichung in den Gestaltungsbeirat betrifft, ein glücklicheres „Händchen“ zu haben. Es gab Fälle, bei denen manches zurückgewiesen werden musste, um erneut vorgelegt zu werden und dadurch Zeit verloren ging. Er denke schon, dass die Stadt, die sich in Richtung Bauhausstadt begibt, hier natürlich beispielgebend vorangehen könnte. Dies sei sein persönlicher Wunsch und keine Kritik.

Die Frage von Herrn Dr. Weber sei sicherlich für mehrere Mitglieder des Stadtrates von Interesse, merkte **Frau Müller, SPD-Fraktion**, an. Deshalb stellte sie den Antrag, dass Herr Krmela evtl. die Frage im nichtöffentlichen Teil beantwortet.

**Herr Dr. Exner** entgegnete, hier die Entscheidung Herrn Krmela zu überlassen.

### 7.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

**Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, bezog sich auf die Anfrage von Herrn Ginskey in der Einwohnerfragestunde bezüglich des Zustandes am Friedhof III. Er habe diesen selbst vor kurzem wahrgenommen und war entsetzt über den Zustand des Zaunes bzw. der Mauer und fragte nach, in wessen Zuständigkeit dies fällt. Er bat ferner darum, eine Kopie der Antwort an Herrn Ginskey zu bekommen, da ihm und auch für die Stadtgestaltung dieses Thema von großer Wichtigkeit ist.

Der Friedhof III gehört in die Zuständigkeit des Eigenbetriebes Stadtpflege, erwiderte **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**. Das Thema könne selbstverständlich im Betriebsausschuss nochmals vertieft werden, da auch ein Projekt für die Errichtung des Zaunes mit Strafgefangenen läuft. Von der Beantwortung an Herrn Ginskey bekommen wie immer auch alle Fraktionen eine Kopie.

Die Ausführungen von Frau Nußbeck wurden durch **Frau Moritz, Leiterin des Stadtpflegebetriebes**, bekräftigt. Bereits seit einem Jahr laufe erfolgreich eine Maßnahme gemeinsam mit einem Bildungszentrum unserer JVA, die auch für dieses Jahr verlängert werden konnte. Es ist bereits gelungen, die Hälfte des Zaunes zumindest rückwärtig mit den entsprechenden Arbeitskräften in einen fachlich sehr guten Zustand zu versetzen. Der letzte Sturm brachte einige Zaunfelder im vorderen Teil an der Heidestraße in Gefahr und die fehlenden Zaunfelder werden repariert. Stück für Stücke werde mit den verfügbaren Sachmitteln Ordnung geschaffen. Allerdings müsse darauf hingewiesen werden, dass es ein denkmalgeschützter Friedhof und es ein sehr hoher Sanierungsaufwand ist, alles im Originalzustand wieder herzustellen.

**Herr Weber, CDU-Fraktion**, wies darauf hin, es für unangebracht zu halten, den Sachverhalt, dass dort Strafgefangene arbeiten, hier öffentlich darzulegen.

Der **Ortsbürgermeister von Sollnitz, Herr Peters**, erhielt das Wort. Er bezog sich auf die L 135, die Mildenseer Straße, die durch die Ortslage Sollnitz führt. Seit mehr

als 4 Jahren beschwerten sich die Bürger über den Lärm und die Erschütterungen, verursacht durch Lkw. Der eigentliche Auslöser sind nicht fachgerechte Querfugen, die bei der Kanalverlegung entstanden sind. Der Ortschaftsrat versucht seitdem, mit den zuständigen Ämtern Abhilfe zu schaffen, was bis heute keinen Erfolg zeigte.

In mehreren Protokollen könne nachgelesen werden, mit wem gesprochen wurde. Zum Beispiel war eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h für Lkw gefordert worden, die abgelehnt wurde. Man hatte uns mitgeteilt, dass man keine Verkehrszählung und auch keine Lärm- oder Erschütterungsmessung durchführen kann. Was präsentiert wurde, ist ein errechneter Lärmpegel – an welchen Kriterien dies erfolgen könne, sei Herrn Peters allerdings unklar.

Herr Peters sei heute in den Stadtrat gekommen, um Unterstützung von diesem einzufordern, dass endlich über einen längeren Zeitraum eine Lärmmessung durchgeführt und den Sollnitzer Bürgern eine Perspektive aufgezeigt wird, dass in absehbarer Zeit die Straße in einen vernünftigen Zustand versetzt wird.

Das gleiche Thema stand in der letzten Ortschaftsratssitzung, an der das Straßenverkehrsamt teilnahm. Nach dessen Einlassungen haben viele Bürger demonstrativ die Ortschaftsratssitzung verlassen, weil immer Altbekanntes wiederholt vorgebracht wurde. Im Nachhinein habe **Herr Peters** mit vielen Bürgern gesprochen, sie sind am Überlegen eine Bürgerinitiative zu gründen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, z. B. wer für Schäden an den Gebäuden aufkommt und hinsichtlich dessen, dass Lärm krank macht, was jeder wisse.

**Herr Beigeordneter Hantusch** merkte an, das Thema sei bekannt und Herr Peters habe ja auch bestätigt, dass das Straßenverkehrsamt im Ortschaftsrat war. Daraus sei zu erkennen, dass mehrere Dezernate daran beteiligt sind. Er könne heute sagen, dass das Thema nochmals neu aufgenommen werde, weshalb er auch für den Hinweis danke. Er kannte es bisher nicht, insofern könne er zusagen, dass das Thema dezernatsübergreifend nochmals sondiert wird.

Auf den Einwurf von Herrn Peters, dass er dies gern höre, es allerdings nicht ganz glauben könne, erwiderte Herr Hantusch, er habe gerade deutlich gemacht, dass es ein dezernatsübergreifendes Thema ist und er es heute erstmalig hörte. Er werbe hier um Vertrauen, dass man sich des Themas annimmt und es nochmals vernünftig sondiert. Wie ihm gerade der Amtsleiter signalisiert habe, werde eine Lärmschutzmessung beauftragt, es sei also etwas in Gange. Er könne sich hier nur entschuldigen, dass es 4 Jahre gedauert hat, aber es gebe auch in anderen Bereichen dieser Stadt, im Außenbereich, in Ortschaften Straßenverhältnisse, die uns immer wieder das Schaudern lehren. Insofern ist es etwas, was natürlich vorhanden ist und er könne nur bitten, der Verwaltung zu vertrauen, dass man sich des Themas annimmt und er nach der Sondierung relativ kurzfristig eine Antwort bekommt.

Er beantrage an dieser Stelle die Aufnahme dieses Themas im nächsten Bauausschuss, erklärte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, an Herrn Hantusch gewandt. Er werde sich auch mit dem Landtagsabgeordneten, der verkehrspolitischer Sprecher ist, in Verbindung setzen, da es auch eine Landesstraße ist. Des Weiteren erinnerte er an die Lösung des Problems in der Kühnauer Straße, wo es mit starker Initiative der Bevölkerung und mit der Verwaltung zu einer einvernehmlichen Lösung kam.

**Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, schloss sich dem Antrag an und erweiterte ihn, da das Thema auch im Finanzausschuss behandelt werden sollte.

Seine Verwunderung darüber, dass ein Dezernent hier öffentlich bekannt gibt, dass er erstmalig davon hört, brachte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, zum Ausdruck. Vor einer Woche war das Thema ganz groß in der MZ aufgemacht. Ansonsten könne er sich der Anregung von Herrn Schönemann nur anschließen, es direkt in die Ausschüsse zu geben, damit es zu einer Lösung kommt.

An Herrn Hantusch als politischen Beamten gewandt, mahnte **Herr Weber, CDU-Fraktion**, dass es nie wieder vorkommen dürfe, dass er hier im Rat sagt, die Protokolle der Ortschaftsräte nicht gelesen zu haben. Dies bezeichne er als sehr bedenklich.

Ebenfalls an Herrn Beigeordneten Hantusch wandte sich **Herr Maloszyk, FDP-Fraktion**. Das Thema, das nicht nur ihm und einer großen Zahl von Stadträten unter den Nägeln brennt, wiederholt werden auch von Bürgern durchaus recht aggressive Anfragen gestellt, ist die Muldebrücke, wann geht es endlich mit dem Bau der Behelfsbrücke als Startschuss für den Ersatzneubau los. Weiterhin wolle Herr Maloszyk wissen, wie der Stand der Ausschreibungsverfahren zu dem Neubau inzwischen sei und welchen zeitlichen Ablaufplan es gibt. Eine schriftliche Beantwortung würde er akzeptieren.

Die Fragen seien sehr eingehend im Bauausschuss beraten worden, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Im Ausschuss stünden immer wieder Themen, die wiederholt aufgerufen werden. Dazu gehören sowohl das Planfeststellungsverfahren für die Ostrandstraße und auch die Muldebrücke. Auch das Thema, das gerade angesprochen wurde, werde sicherlich aufgenommen werden.

Zur Frage: Die Submission war am 12.12.2013, die OB-Dienstberatung wird sich am 31.03.2014 mit dem Thema befassen, d. h. hier mit der Auswertung der Unterlagen der eingereichten Bewerbungen. Dann werden die Unterlagen am 04.04. ausgereicht und letztendlich über mehrere Wege, wenn es alles so läuft, wird der Baubeginn für das Los 3 am 19.05.2014 sein.

So sei die Planung und die verkehrliche Freigabe der Brücke ist z. Z. auf den 20.10.2014 terminiert. Allerdings bitte er auch zu berücksichtigen, dass das die Planung ist. Wir wissen nicht, ob Einsprüche zum Vergabeverfahren kommen, wie es beim letzten Mal war.

Seit wann und ob es zutreffend ist, dass Bediensteten der Stadt zumindest für den Bereich der Ortschaftsräte entgegen früheren Regelungen kandidieren dürfen, fragte **Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke**, an.

Zunächst merkte **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** an, dass ihr keine Änderung der Gemeindeordnung bekannt sei. **Herr Westhagemann, Leiter des Rechtsamtes**, führte erläuternd aus, es sei tatsächlich so, dass Mitarbeiter der Stadtverwaltung von der Mitarbeit in Ortschaftsräten nicht ausgeschlossen sind, egal, wo sie tätig sind. Diese Rechtsauffassung vertritt das Innenministerium und sei eine Auslegung der Vorschriften der Gemeindeordnung. Die Regularien der Gemeindeordnung sind nicht geändert worden, sie bestehen schon seit mehr als 10 Jahre. Für uns sei aber die Auslegung des Innenministeriums bindend.

**Herr OB Koschig** stellte klar, Dinge, die über Runderlässe oder andere Informationsquellen an die Verwaltung bekanntgegeben werden, gehen an das Fachreferat an die Ortschaftsräte. Dies verfüge er mit dem Posteingang. Hinsichtlich des Zeitpunktes ergänzte **Herr Westhagemann**, es gibt den ersten Runderlass des Innenministeriums aus dem Jahre 2010, der aber nur an die Landkreise verschickt wurde, nicht an die kreisfreien Städte. Erst vor wenigen Wochen gab es aktuell einen Runderlass, der sich im Kern allerdings mit Problemen der nächsten Wahl beschäftigte und Bezug nahm auf den Runderlass aus dem Jahre 2010.

Sich auf die letzte Berichterstattung des Oberbürgermeisters zu den Baumaßnahmen beziehend, stellte **Herr Ehm** im Namen der **CDU-Fraktion** folgende Fragen:

- Seiner ersten Frage voranstehend, merkte er zum Ersatzneubau, Bauwerk 11, an, es wurden in Dessau schon so viele Brücken ohne Probleme gebaut, die durchaus komplizierter waren, warum es nun nicht mehr geht, verstehe er nicht.  
Zur Finanzierung der eigentlichen Brücke habe Herr Koschig im Bericht nichts zur Fördermittelbereitstellung gesagt, weshalb hier nach dem Stand gefragt werde. Ihn bewege immer noch die Angst, noch jahrelang über die Behelfsbrücke zu fahren.
- Die zweite Frage bezieht sich auf das Projekt zweite Muldebrücke/Lückenschluss Nordumgehung. Was hat die Stadtverwaltung bisher zur Wiederbeschaffung der Fördermittel für den 2. und 3. Bauabschnitt der Ostrandstraße unternommen?
- Des Weiteren bezog sich Herr Ehm in seiner Frage auf den 2. Bauabschnitt Ostrandstraße/Ringschluss Dessau-Nord. Im Moment sei nach dem Hochwasser im Juni 2013 viel Bewegung in der Aufgabe- bzw. Neuvergabe von Kleingärten, auch gerade in diesem Bereich. Er fragte, ob der Stadtverband der Kleingärtner angewiesen wurde, freigewordene Gärten, die auf der Trasse für den Ringschluss liegen, freizuhalten und nicht wieder zu vergeben. Wann gibt es Baurecht für den Ringschluss, den Baubeginn und die zügige Fertigstellung. Bei allen Gedanken über die Kavalleriestraße, die Verkehrsumleitung u. a. könnte er sich vorstellen, dass der Ringschluss noch eine große Bedeutung nicht nur für die Bewohner von Dessau-Nord habe.
- Weiterhin verwies Herr Ehm auf die Beschränkung an der Friedensbrücke auf 18 t und es habe auch eine Beschränkung auf 30 km/h gegeben, welche plötzlich verschwunden sei. Er fragte, ob die Geschwindigkeitsbeschränkung aufgehoben wurde.

**Herr Oberbürgermeister Koschig** erklärte, bezüglich der Fördermittel wurde immer über den aktuellen Stand informiert. Wie der aktuelle Stand ist, könne er jedoch nicht sagen. Man befindet sich mitten im Planfeststellungsverfahren, bemerkte er. Der Stadtrat wisse, dass man mit Klageverfahren für beide Abschnitte rechnen müsse.

**Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, ergänzte, bei dem Planfeststellungsverfahren Ostrandstraße in seinen beiden Bauabschnitten gehe man in die erneute Offenlage mit der Zielstellung, im Frühjahr nächsten Jahres, also im April 2015, den Planfeststellungsbeschluss zu fassen.

Zur Geschwindigkeitsbegrenzung Friedensbrücke könne er jetzt nichts sagen. Man werde sich jedoch darum kümmern. Wichtiger sei die Beschränkung auf 18 t, das Problem sei die kurze Lasteintragung mit zu hohen Lasten.

Hinsichtlich der Finanzierung der Friedensbrücke habe man eine Zusage für den 1. Abschnitt und eine in Aussichtstellung vom Ministerium für die komplette Finanzierung der kompletten Brücke, also Behelfsbrücke und Originalbrücke im Anschluss.

Bezüglich der Gärten wurde mit dem Stadtverband der Gartenfreunde gesprochen. Im Kleingartenbeirat werde man das aber thematisieren. Die Sitzung findet am 27. März 2014 statt. Es sei richtig, dass in der Trasse keine Gärten vergeben werden sollten, um nicht noch zusätzlich Konflikte herbeizuführen.

Die Frage, ob es möglich wäre im Stadtpark wetterfeste Fitnessgeräte aufzustellen, fragte **Frau Müller, SPD-Fraktion**. Sie habe solche bei einem Strandspaziergang in Calpe, Spanien, gesehen. Da unsere Stadtkasse knapp ist, könnte sie sich vorstellen, sich an der Suche nach Sponsoren zu beteiligen.

Im Rahmen des Projektes interkultureller Generationenpark wurden im Stadtpark Geräte aufgestellt, die vor allem für ältere Herrschaften geeignet sind, erwiderte **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Diese sollte man sich anschauen, möglicherweise gibt es aber noch Hinweise und Tipps zur Ergänzung.

**Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, übergab die Leitung an seinen Stellvertreter und stellte an Herrn Oberbürgermeister Koschig die Frage, warum er gestern bei der wichtigen Gründungsversammlung Metropolregion Mitteldeutschland nicht anwesend war.

**Herr Oberbürgermeister Koschig** entgegnete, gestern habe keine Gründungsversammlung Metropolregion stattgefunden. Im Aufsichtsrat der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland, dessen Mitglied er sei, wurde in der letzten Versammlung in Leipzig einstimmig dem Zusammengehen mit dem Metropolregion Mitteldeutschland e.V. zugestimmt. Er war auch in der Vorbereitungsgruppe im Lenkungsausschuss Metropolregion Mitteldeutschland, wo das Zusammengehen mit der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland besprochen wurde. Hier habe er überall mitgewirkt, einzig an der Mitgliederversammlung Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland habe er nicht teilgenommen. Hierzu bekomme er aber immer nur eine informelle Einladung, weil er im Aufsichtsrat ist. Herr Zänger war für die Stadt Dessau-Roßlau als Mitglied der DVV dort drin. Man müsste in den größeren Betrieben werben, dass dort noch mehr Betriebe unserer Stadt mit drin sind, momentan seien nur die DVV und die Stadtkasse Dessau Mitglied. Insofern beziehe sich die Pressemitteilung auf eine Präsentationsveranstaltung am Freitag, wo er sich angeboten hatte, mit nach Leipzig zu kommen. Auf Nachfrage seines Büros habe der Oberbürgermeister Schröter gesagt, nein er brauche nicht extra mitzukommen, das machen die beiden Kollegen. Insofern sei er am Freitag dort nicht hingefahren, obwohl er sich schon die Zeit genommen hatte, sondern sei im Rathaus geblieben und habe Büroarbeit gemacht.

Das heißt, er war nicht anwesend und auch niemand seitens der Stadt, stellte **Herr Dr. Exner** fest. Bei der Präsentationsveranstaltung Metropolregion Mitteldeutschland war niemand anwesend, es war aber auch nicht geplant, erwiderte **Herr Oberbürgermeister Koschig**.

**Herr Dr. Exner** verwies darauf, dass in Radio SAW etwas Anderes berichtet wurde, nämlich dass es zu einer grundlegenden Gründungsversammlung gekommen ist.

**Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, informierte zum Umgang der Stadtverwaltung mit dem Stadtrat, insbesondere dem Haupt- und Personalausschuss. Es gehe um die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vom 27.11.2013 und das Thema Grundschule Kleinkühnau. Herr Bönecke habe dort gefragt, er zitierte aus der Niederschrift wörtlich: „Es gebe Hinweise, dass in der Grundschule Kleinkühnau zum Teil erhebliche bauliche Mängel bestehen, weshalb sich die Frage ergäbe, besteht Sanierungsbedarf und wenn ja, in welcher Höhe.“ Darauf bekam er, Herr Bönecke, nach etwas weitreichenden Ausführungen von Herrn Dr. Raschpichler, die aber eher allgemeiner Natur waren, von Frau Wendeborn die Aussage: „Sanierungsbedarf in der Grundschule Kühnau selbst bestehe nicht so, wie vielleicht jetzt dargestellt wurde. Im nächsten Jahr müssen Brandschutzauflagen umgesetzt werden.“

**Herr Bönecke** habe eine Information erhalten, dass es eine Anmeldung allein von 190 T€ für einen zweiten Rettungsweg gibt. Er hatte in der Sitzung eine konkrete Frage gestellt und auch gefragt, wenn ja, in welcher Höhe. Es werde so weggebügelt mit Brandschutzauflagen. Man stelle sich Brandmelder und vielleicht die eine oder andere Tür vor.

In der letzten Sitzung des Finanzausschusses habe **Herr Bönecke** nachgefragt und die Bestätigung bekommen, dass diese Mittel allein für diesen zweiten Rettungsweg sind. Man rede nicht einmal über die Einhausung der Treppenhäuser, die brandschutztechnisch notwendig sein wird, auch nicht über sonstige bauliche Maßnahmen, die dort erforderlich sein werden. Wenn er als Stadtrat erkennbar ein Augenmerk auf eine bestimmte Frage legt - und die Finanzausstattung sei bei Standortentscheidungen eine wesentliche Frage - erwarte er wahrheitsgemäße und vollständige Antworten und nicht ein Herunterspielen auf einen Minimalbedarf. Der zweite Rettungsweg sei kein Nichts und schon gar nicht ist die Hausnummer von knapp 200 T€ ein Nichts.

Nach Zwischenrufen seitens Herrn Schönemann verwies **Herr Bönecke** darauf, es gehe um das Prinzip, wahrheitsgemäße Antworten erwarten zu können. Er fühle sich als Stadtrat verschaukelt, wenn er diese nicht bekommt. Das könne und dürfe nicht wahr sein, was man an dieser Stelle sagen dürfe, ohne gleich wieder Störfeuer zu bekommen, weil es um die Ortschaft von Herrn Schönemann geht.

**Herr Dr. Raschpichler** erklärte sein Verständnis dafür, dass jemand, der das Gefühl hat, falsch informiert zu sein, natürlich auch erregt ist. Frau Wendeborn hatte ihn informiert, dass diese Frage diskutiert wurde. Auch habe er die Protokolle anderer Ausschusssitzungen durchgeschaut. Es sei zu keinem Zeitpunkt verschwiegen worden, dass an diesem Schulstandort Brandschutzauflagen bestehen. Er müsse das zurückweisen und auch, dass die Leiterin des Amtes für Bildung und Sport etwas unterjubelt. Er schätze gerade Frau Wendeborn für ihre Klarheit auch bei solchen Antworten, die wehtun.

Wenn man über den Gesamtstandort Grundschule, Hort und Kindereinrichtung Kleinkühnau spreche, bitte er zu bedenken, dass ein Grundsatzbeschluss gefasst wurde zur Gestaltung des Ortsteils Kleinkühnau, wo das Thema Grundschule, Hort und Kita eindeutig mehrheitlich, auch von Herrn Bönecke mitgetragen wurde. Wenn wir sagen, dort gibt es Brandschutzauflagen, sei es nach seiner Lesart auch noch etwas Anderes, als erheblicher Sanierungsbedarf. Sanierung und Brandschutz seien zweierlei Dinge.

Im Übrigen sage **Herr Dr. Raschpichler** deutlich, dass man an diesem Standort auch noch mehr Geld benötigen wird, wenn es um die Kita- und Hortsituation geht. Das sei man den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in diesem Stadtteil auch schuldig. Hier gebe es erheblichen Bedarf im Bereich Kita und im Bereich Hort. Wir haben die Entscheidung zum Standort getroffen, es gebe einen Evaluierungsauftrag, der ernst genommen wird. Er würde sich freuen, wenn solche Beschlüsse gemeinsam getragen und nicht bei anderen Gelegenheiten wieder ein Stück weit infrage gestellt werden. Er verwahre sich im Namen von Frau Wendeborn und des Amtes gegen Unterstellungen, es würden Zahlen nicht kundgetan.

**Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau**, ergriff erneut das Wort und zitierte aus dem Protokoll des Haupt- und Personalausschusses: „Es gebe Hinweise, dass in der Grundschule Kleinkühnau zum Teil erhebliche bauliche Mängel bestehen (Treppenaufgänge zum Teil nicht nutzbar), weshalb sich die Frage ergebe, besteht Sanierungsbedarf, wenn ja in welcher Höhe.“ Das war eine konkrete Frage und diese Frage sei mit der Antwort bedacht worden: „Ergänzend führte Frau Wendeborn aus, Sanierungsbedarf in der Grundschule Kühnau selbst besteht nicht so, wie vielleicht jetzt dargestellt wurde. Im nächsten Jahr müssen Brandschutzauflagen umgesetzt werden.“ Hier erwarte Herr Bönecke eine klare Aussage. Seitens der CDU gab es den Vorschlag, das in 2 Jahren wieder zu evaluieren. Es wurde gesagt, o. k. das ist ein Kompromiss, auch wenn wir den nicht mitgetragen haben.

Aufgrund eines Zwischenrufes von Herrn Schönemann verwies der **Stadtratsvorsitzende Dr. Exner** auf das Rederecht von **Herrn Bönecke**. Dieser verwies darauf, dass ihm als Vorsitzenden des Finanzausschusses gestattet sei, über solche Themen ernsthaft zu reden, auch wenn es Herrn Schönemann nicht gefällt. Er hatte eine konkrete Frage gestellt, die nicht beantwortet wurde. Wenn er dann solche Finanzanmeldungen transportiert bekomme, auch auf Nachfrage die Bestätigung erhält, sei es für ihn eine grundlegende Frage bei der Entscheidung.

Wenn man jetzt darüber spricht, wir evaluieren 2015/2016 den Standort erneut, könne es nicht infrage gestellt werden, denn jetzt haben wir eine halbe Million reingebaut. Das mache er an dieser Stelle jetzt auch nicht, denn er akzeptiere den Mehrheitsbeschluss. Was er an dieser Stelle vorwerfe, ist die Täuschung. Es war konkret Thema, dass die Grundschule, was Frau Wendeborn selbst auch bestätigt hat, ab dem Jahrgang 2016/2017 eben nicht mehr alle Schüler aus dem jetzt gebildeten Bezirk aufnehmen kann. Dazu gab es diese Entscheidung zur erneuten Evaluierung, aber es sei ein grundsätzliches Thema, wenn bauliche Investitionen getätigt werden, berücksichtige man diese bei einer grundsätzlichen Entscheidung, wie einer Schulbezirksbildung. Wenn man dann unvollständige Aussagen bekommt, sei das ein Problem.

Er könne Herrn Bönecke verstehen, entgegnete **Herr Dr. Raschpichler**. Er wünschte sich manchmal, er könnte aus dem Stegreif für jedes Gebäude dieser Stadt, für jede Schule und Kindereinrichtung den Sanierungsbedarf nennen. Herr Bönecke war in der letzten Betriebsausschusssitzung Dekita anwesend, wo Frau Rach vorgestellt hat, in welcher Größenordnung sich der Sanierungsbedarf im Bereich der Kitas abzeichnet. Nichts Anderes habe Frau Wendeborn getan. Deshalb sei es wichtig, den Sanierungsbedarf, wenn es um Haushaltsanmeldungen geht, natürlich exakt herunter zu brechen. Die klare Antwort von Frau Wendeborn, dass es um Brandschutzaufl-

lagen geht, sei so getätigt und nie bestritten worden, dass diese erforderlich sind. Es werde fieberhaft daran gearbeitet, exakt den Sanierungsbedarf für jede Immobilie unserer Stadt zu ermitteln.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, betonte, Respekt vor Herrn Bönecke zu haben und würde ihn einladen, vor Ort die Begehung durchzuführen, welche Probleme anstehen, wie sie zusammenhängen und warum dieses und jenes gemacht werden muss. Es bringe nichts, gegenseitige Schuldzuweisungen zu tätigen und Dinge zuzuordnen, die individuellen Charakter besitzen. Es gehe um ein Quartier und dessen soziale Qualität, was hier mit großer Mehrheit beschlossen wurde.

**Frau Storz, 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates**, bezog sich auf die ausgereichte Hochwasserinformation zur heutigen Sitzung. Darin finde man auf der Seite 2 die Auskunft zum Lückenschluss im Deich Kapengraben, BAB 9. Sie bedanke sich bei Herrn Schneider, dass er das Gespräch mit den Nachbarkreisen gesucht hat, um einen Hochwasserschutz im Ernstfall mit den benachbarten Kreisen in die Wege zu leiten, was gut sei. In der Hochwasserinformation fehle aber, wie in Sachen Bau und Planung der Sachstand ist. Dazu wünsche sie eine Auskunft, welche auch schriftlich erfolgen könne.

Es wurde eine schriftliche Beantwortung durch **Herrn Oberbürgermeister Koschig** zugesagt.

**Herr Ehm, CDU-Fraktion**, erinnerte an seine bereits gestellten Fragen. Zur Anfrage Stand der Wiederbeschaffung der Fördermittel für die Nordostumgehung und der Aktivitäten der Stadt habe er keine Antwort erhalten.

**Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, erklärte die notwendigen Fördermittel für die Realisierung der Ostrandstraße sind im Mehrjahresprogramm wieder angemeldet worden. Das sei ein Vorplanungsprogramm, wozu keine exakten Aussagen möglich sind, bevor der Planfeststellungsbeschluss, d. h. die Genehmigung da ist.

Bezüglich der Informationen über die Sanierung von Rad- und Fußwegen an der Albrechtstraße im ausgereichten Bericht des Oberbürgermeisters zum Stand Baumaßnahmen fragte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, ob der Albrechtsplatz mit erfasst sei, denn er stehe momentan nicht auf der Agenda zur Sanierung.

Der Albrechtsplatz ist aus dem Programm herausgefallen, erklärte **Herr Pfefferkorn**. In der Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt wurde darüber berichtet, dass es über den Fonds des Sanierungsgebietes nicht möglich ist. Insofern bleibe nur übrig, über Unterhalt die Schäden zu beseitigen, aber nicht am Albrechtsplatz. Es werde in den Unterhaltsplan aufgenommen, sobald das Wetter verlässlich warm und trocken ist, gehe es los, aber es werde nicht unbedingt am Radweg Albrechtsplatz begonnen.

Weiterhin bezog sich Herr **Giese-Rehm** auf das bereits von Herrn Kühne in der Einwohnerfrage angesprochene Problem zum Abriss Impfstoffwerk in der Luxemburgstraße. Er fragte, wann dort konkret der Abriss erfolgen soll.

Erwidernd stellte **Herr Beigeordneter Hantusch** fest, dass das Thema eingehend im Ausschuss für Bau, Verkehr und Umwelt besprochen und beschlossen wurde. Der

Maßnahmenträger sei die SALEG, welche ausgeschrieben hat und auch vergebe. Im Moment könne er nicht sagen, wann abgerissen wird.

Eine **Persönliche Erklärung** kündigte **Herr Weber, CDU-Fraktion**, an. Er legte dar, das Verhalten der CDU-Fraktion bezüglich Öffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit bestärke ihn in dem, was er jetzt vorzutragen habe:

„Nachdem ich erneut und abschließend zur Kenntnis nehmen muss, dass die CDU-Fraktion unter den Weisungen des Wahlkämpfers, der grauen Eminenz Dr. Exner, und des CDU-Kreisvorsitzenden, der Magdeburger innenpolitischen Marionette Kolze keine Vernunft mehr aufbringen möchte, Vertreter der Bürger unserer Stadt zu sein, erkläre ich folgerichtig hiermit meinen **Austritt aus der CDU-Stadtratsfraktion**.

Ich bedaure sehr, dass ebenfalls kritische Stadträte wie Michael Puttkammer, Roland Gebhardt, Christa Müller und Frank Rumpf sich lieber als Wahlkämpfer gleichschalten lassen, als in den notwendigen inhaltlichen Themen eigene Gedanken durchzusetzen. Ich bedaure, dass Stadträte wie Heinz Bierbaum, der dem Rat sei der Wende angehört, oder Otto Glathe, der als parteiloser Stadtrat wenigstens nur seine Wahlkreisinteressen begleiten könnte, sich nach außen lieber willenlos unterordnen. Ich bedauere Harald Trocha, der vor einem Jahr viele kritische Äußerungen über den nie anwesenden Herrn Kolze tat, nun durch seinen hauptamtlichen Posten in der Partei korrumpiert lieber nach dem Motto ‚Wes Brot ich ess, des Lied ich sing‘ verfährt.“ Ich bedauere aber vor allem, dass Herr Dr. Exner als Anwalt von Fördermittelmissbräuchlern und immer wieder als Anwalt für oft undurchsichtige Vereinsgeschäfte auftritt, heimlich hinter den Kulissen verborgen agieren kann, ohne dass er sich einmal irgendwo öffentlich äußert.

Ich war 26 Jahre Mitglied der CDU und habe 28 Jahre grundsatztreu die Union in der Kommunalpolitik vertreten. Ich schäme mich dafür, dass die Dessauer Union, die christlich demokratischen Grundsätze so verrät. Hoffentlich schauen der Landesvorsitzende Weibel und die Bundesvorsitzende Merkel diesen Funktionären endlich einmal auf die Finger und helfen mit, den Anstand wieder herzustellen.

Ich gebe offen zu, dass es mich schwer getroffen hat, dass ich von der Kreispartei der Union nicht mehr für den Stadtrat nominiert wurde. Am vergangenen Sonntag musste bei einer Wiederholung einer Nominierungsveranstaltung dann leider der Kreisverband hinnehmen, dass der Ortsverband der CDU mich doch nominiert hat für den Ortschaftsrat. Herr Kolze wollte vorhin, dass wir in der nächsten Woche miteinander sprechen. Ich denke nach diesen Worten erübrigt sich das. Ich kann auch versichern, lieber Jens Kolze, dass ich diese Vertrauensbekundung des Ortsverbandes Kühnau nicht annehmen kann. Es sei selbstverständlich, dass ich jetzt nicht auf dieser Liste kandidieren kann.

Es trifft mich auch, dass Verleumdungen und die üble Nachrede der Herren Exner und Kolze mich schon länger in meinem bekannten freien und unnachgiebigen Engagement für unsere Stadt einschüchtern. Ich gebe auch zu, dass ich auf deren Betreiben regelrecht totgeschwiegen und aus der Partei gemobt wurde und ich dem auch erlegen bin. Ich werde aber weiter für die erkannten Ideale streiten und darauf hoffen, dass der CDU-Kreisverband in Dessau-Roßlau wieder ein demokratischer Verband der christlichen und bürgerlichen Werte wird, in dem Kritik und verschiedene Meinungen wieder als Bereicherung verstanden werden. Ich gebe auch die Hoffnung nicht auf, dass auch die CDU Dessau-Roßlau irgendwann wieder die reinen Personalquerelen und persönlichen Befindlichkeiten überwinden und sich einer in-

haltbezogenen Sacharbeit zuwenden wird. Dann kann man auch darüber sprechen, ob man z. B. eine Schwimmhalle oder eine Sporthalle wirklich finanzieren kann. Ich baue abschließend darauf, dass der Rechtsstaat außerdem obsiegt und die Personen, die der CDU angehören oder gehörten, die in dem Dessauer Fördermittelskandal verstrickt sind, weggewen wird. Danach wird sich zeigen, wer ehrlich war, oder wer sich durch Ausgrenzung und Boshaftigkeit nur seine Vorteile verschaffen wollte. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche eine gute Beratung heute.“

Herr Weber verließ den Sitzungssaal.

Der Tagesordnungspunkt wurde geschlossen.

## **8 Einbringung der Haushaltssatzung/des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2014**

Die Einbringung des Haushaltes und des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für das Haushaltsjahr 2014 wurde durch **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** mit folgenden Erläuterungen begleitet.

Der vorliegende zweite doppische Haushaltsplan für das Jahr 2014 ist wie im Vorjahr 2013 ausgeglichen. Dieser Ausgleich ist allerdings mit einigen Risiken behaftet. Heute und hier sollten aber nicht alle Details erläutert werden. Das sollte den Haushaltsberatungen vorbehalten bleiben.

Frau Nußbeck ging auf die Gesamtsituation und die politischen Rahmensetzungen ein. Sie legte zunächst den Schwerpunkt auf die Neuerungen, die mit der Einführung der DOPPIK zusammenhängen.

Die Einführung der Doppik als das größte und umfassendste Reformprojekt in der Kommunalverwaltung der letzten 20 Jahre ist auch in diesem Jahr noch nicht abgeschlossen. An der Eröffnungsbilanz wird nach wie vor mit Hochdruck gearbeitet, allerdings gestaltet sich die Vermögenserfassung und Bewertung in einigen Bereichen als äußerst problematisch.

Teilweise fehlen bis heute landesweit einheitliche Regelungen zur Bewertung einzelner Vermögensgruppen, andererseits müssen sich aber auch die Anstrengungen in einzelnen Fachbereichen erheblich verstärken, um das Ziel zu erreichen. Daneben muss jeder seit dem Jahr 1991 im Vermögenshaushalt ausgegebene EURO und sämtliche erhaltenen Fördermittel einem Vermögensgegenstand zugeordnet werden. Mehr als 20 Jahre Verwaltung müssen unter erschwerten Bedingungen wieder aufgerollt werden, da sich viele der verantwortlichen Mitarbeiter bereits im Ruhestand befinden.

Nicht zuletzt wurde das gesamte Rechnungswesen umgestellt. Damit verbunden ist ein überdurchschnittlicher Abstimmungs- und Beratungsbedarf der zuständigen Mitarbeiter in den Fachbereichen durch die Kämmerei.

Für die geleistete Arbeit sprach Frau Nußbeck an dieser Stelle der Kämmerei mit Frau Wirth an deren Spitze ihren ganz besonderen Dank aus.

Weiter ging **Frau BM Nußbeck** auf den mit dem Haushalt vorliegenden **Ergebnisplan**, in dem die Erträge und Aufwendungen einschließlich kalkulatorischer Kosten (wie Abschreibungen) nachgewiesen werden, ein. Durch diese Abschreibungen fließen erstmals Wertminderungen von Gebäuden, Infrastrukturvermögen oder der Betriebs- und Geschäftsausstattung in den städtischen Haushaltsausgleich ein. Um eine belastbare Größenordnung für den Haushalt zu erreichen, wurde bei der Vermögensbewertung rechtzeitig der Fokus auf das werthaltige Vermögen gelenkt.

Zusätzlich werden auch Rückstellungen, also finanzielle Verpflichtungen für die Zukunft z. B. aus Altersteilzeitvereinbarungen, bereits heute als Aufwand und somit als Belastung für den Haushaltsausgleich abgebildet.

Der **Finanzplan** weist durch Einzahlungen und Auszahlungen nach, wie sich der Bestand an liquiden Mitteln verändert. Im investiven Teil des Finanzplanes findet sich das Äquivalent des kameraleen Vermögenshaushaltes wieder. Die Teilpläne bilden die Erträge, Aufwendungen, investiven Einzahlungen und Auszahlungen einzelner oder mehrere Produkte ab. Die Produkte bringen eine neue Sicht auf bestimmte Leistungen der Verwaltung und es werden dadurch neue Steuerungsmöglichkeiten für die Verwaltungsführung und den Stadtrat eröffnet.

Insgesamt hat sich durch diese Gliederung das städtische Rechnungswesen von rd. 11.000 kameraleen Haushaltsstellen auf rd. 27.000 doppische Konten erweitert. Diese fast Verdreifachung führt zu einem erheblich höheren Abstimmungsbedarf, wodurch sich auch die Arbeiten am Jahresabschluss deutlich umfangreicher gestalten als bisher.

Nicht nur die Umstellung auf die Doppik, sondern auch die Gesetzgebung beeinflusst den Haushalt 2014 unserer Stadt direkt. Da ist zunächst das neue FAG 2013/2014 zu nennen.

Auf Grund des Urteils vom Oktober 2012 zu unserer Verfassungsbeschwerde hat sich das Land entschieden, mit dem neuen FAG 2013/14 auf diese Einwohnergewichtung ganz zu verzichten. Das beschert uns für die Jahre 2013 und 2014 jeweils rd. 5,3 Mio. EUR mehr an Zuweisungen aus der einheitlichen Einwohnergewichtung der drei kreisfreien Städte.

Gleichzeitig hat der Gesetzgeber am Ende des vergangenen Jahres einen weiteren Mangel am FAG 2013/2014 behoben, indem er die Anwendung des so genannten Demografiefaktors auf alle Gebietskörperschaften erweitert hat. Die Stadt Dessau-Roßlau hatte dies bereits in der Anhörung zum Gesetz im Landtag kritisiert und diesbezüglich eine weitere Verfassungsbeschwerde in Erwägung gezogen. Diese ist mit der Gesetzesänderung nunmehr entbehrlich geworden und beschert der Stadt zusätzliche Einnahmen in 2014 in Höhe von 2,3 Mio. EUR.

Dieser Betrag wird sich allerdings immer weiter abschmelzen, da der so genannte Demografiefaktor nichts weiter ist, als ein Zeitpuffer für die Anpassung der Ausgaben und Strukturen an die sinkenden Einnahmen, begründet durch die weiter fortschreitende Schrumpfung der Stadt. Nach wie vor sinken unsere Einwohnerzahlen jährlich um durchschnittlich rd. 1.000 Einwohner aus dem Saldo von Geburten und Sterbefällen (nicht aber aus dem Wanderungssaldo – denn der ist inzwischen ausgeglichen).

Eine weitere wesentliche Auswirkung ergibt sich mit dem neuen Kinderbetreuungsgesetz. Aufgrund der Erweiterung der Ansprüche zur Kinderbetreuungszeit für die Eltern und der gestiegenen qualitativen Anforderungen werden sich die Kosten für die Kinderbetreuung erheblich erhöhen. Ob diese Kostensteigerungen vollständig durch die erhöhten zweckgebundenen Zuweisungen kompensiert werden können, kann noch nicht abschließend beurteilt werden, jedenfalls erhalten wir hierfür aber höhere Zuschüsse vom Land.

Zusätzliche Kosten kommen auch auf uns zu mit der landeseinheitlichen Einführung des Digitalfunks in der Leitstelle. Diese werden nur teilweise durch das Land übernommen.

Weitere **Kostenerhöhungen** ergeben sich aus der Entwicklung der Kosten der Unterkunft, da sich die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften in Dessau-Roßlau entgegen dem bundesdeutschen Trend weiter erhöhen.

Nicht nur für das Haushaltsjahr 2014, sondern für die Folgejahre besteht allerdings der größte Risikofaktor in der noch ausstehenden Entscheidung über die künftige Struktur des Theaters. Der aktuelle Entwurf für 2014 hat im **Ergebnisplan** Erträge und Aufwendungen in Höhe von jeweils 204,6 Mio. EUR veranschlagt.

Das vorliegende **Konsolidierungskonzept** wurde auf der Basis der Ist-Erfüllung bzw. der Nichterfüllung oder zeitlichen Verschiebung aktualisiert und fortgeschrieben. Die konsequente Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen bleibt auch für die Zukunft ein Thema.

Allerdings könnte aus den Entscheidungen zur Zukunft des Theaters ein weiterer zusätzlicher Konsolidierungsbedarf von insgesamt 4,3 Mio. EUR resultieren, wobei das zusätzliche Defizit allein für 2014 schon 2,1 Mio. EUR beträgt. Im Zeitraum von 2009 bis 2013 hat die Stadt Zuschüsse in Höhe von insgesamt 36,8 Mio. EUR zum **Unterhalt des Theaterbetriebes** ohne Investitionszuschüsse geleistet.

Im Haushaltsplan 2014 haben wir das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Land zur Strukturanpassung in ein Musiktheater und den entsprechenden Zuwendungsvertrag unter Zugrundelegung einer 75%igen Beteiligung des Landes an den Strukturanpassungskosten eingestellt. Unter diesen Annahmen erhöht sich der Zuschuss der Stadt für das Theater in den Jahren 2014 – 2018 auf insgesamt 44,2 Mio. EUR also um 7,4 Mio. EUR.

Das vom Theater nunmehr alternativ vorgelegte Konzept beinhaltet eine Erhöhung des Zuschusses auf insgesamt 48,3 Mio. EUR für den genannten Zeitraum, was einer Steigerung um 11,4 Mio. EUR gegenüber dem vorherigen Förderzeitraum entspricht. Wenn das Konzept vom Land ohne zusätzliche Beteiligung akzeptiert und vom Stadtrat so beschlossen wird, hat das zur Folge, dass der Zuschuss an das Anhaltische Theater von 2013 von 8 Mio. EUR zum Jahr 2014 auf 11 Mio. EUR steigt. Darüber hinaus haben wir auch noch Verluste aus Vorjahren in Höhe von fast 30 Mio. EUR und müssen weiter mit Kostensteigerungen bei sinkenden Einnahmen rechnen.

Die aktuellen Warnstreiks am Anfang der Woche sind der Auftakt für Tarifverhandlungen, die im Ergebnis zu **Personalkostensteigerungen** bei den Tarifbeschäftigten von über 10 % führen könnten. Eine solche Steigerung wurde nicht eingeplant.

Wesentliche Bestandteile der Konsolidierung bleiben daher der konsequente **Abbau der Schulden**, um somit künftig wieder Handlungsfreiheit durch den Wegfall des Kapitaldienstes zu erlangen und auch der bereits beschlossene und planmäßig weiter umzusetzende Stellenabbau und die begleitenden Maßnahmen für dessen sozialverträgliche Umsetzung.

Das aktuelle Konsolidierungskonzept sieht insgesamt den **Stellenabbau** von 173 Stellen vor, wobei darin auch der Wegfall von 30 befristeten Stellen enthalten ist. Am 01.01.2014 sind in der Kernverwaltung 1.109,5 Stellen. Bis zum 01.01.2019 soll die Stellenzahl auf 936,3 Stellen reduziert werden.

Auch für 2014 wurde eine externe Besetzungssperre an bestimmte Stellen angefügt. Allerdings steigen inzwischen die planmäßigen Altersabgänge bis 2018 gegenüber den wegfallenden Stellen an. Wir haben deshalb unsere Ausbildungsquote deutlich erhöht, sind jedoch zunehmend auf externe Fachkräfte insbesondere in den Spezialausbildungen angewiesen.

Damit muss die Konsolidierung der nächsten Jahre einen völlig neuen Schwerpunkt erhalten. Während wir einerseits durch den konsequenten Schuldenabbau im Jahr 2019 die völlige Schuldenfreiheit erreicht haben werden und andererseits den konsequenten Stellenabbau fortsetzen werden, wird uns dies dennoch an Grenzen führen, weil sich einerseits nicht alle Sachverhalte einwohnerabhängig entwickeln (wie z. B. die Anzahl der Grundstücke oder Straßen) und andererseits der Verzicht auf Aufgaben oder Standards nur sehr zäh umsetzbar ist.

Gleichzeitig sind aber in allen Bereichen viel größere **Strukturanpassungen** notwendig, die den Zwang zu engerer Zusammenarbeit und Ausschöpfung wichtiger Synergien voraussetzen. Wir werden uns in Zukunft nicht nur über die Größe des Theaterensembles unterhalten müssen, sondern über die Anzahl der Sporteinrichtungen, der Kindereinrichtungen, der Schulen aber auch der übrigen Kultureinrichtungen.

Dessau-Roßlau ist eine Flächenstadt mit sinkender Einwohnerdichte und älter werdender Bevölkerung, die ein riesiges Erbe hat, das sie finanziell nicht in dem notwendigen Umfang unterhalten kann. Frau Nußbeck ist der Überzeugung, dass man diese Herausforderung nur meistern kann, wenn man sich ihr stellt und sie gestaltet.

Der Finanzhaushalt sieht ein **Investitionsvolumen** in Höhe von 35,4 Mio. EUR vor und ist ein Vorschlag der Verwaltung, der einerseits die Beschlusslagen abbildet und andererseits die finanziellen Rahmenbedingungen berücksichtigt. Insofern sei die Fortführung der Diskussion über die künftige Schwerpunktsetzung auch im Hinblick auf bisher im Investitionsprogramm nicht enthaltene Maßnahmen, wie die Ostrandstraße, den Neubau einer Sporthalle am Walther-Gropius-Gymnasium oder Maßnahmen zur Beherrschung der Grundwasserproblematik, begleitende Maßnahmen der Stadt bei Kanalbauerneuerungen der DESWA oder etwa der Innenstadtgestal-

tung notwendig und geboten. Den Gestaltungsrahmen setzen dabei immer die zur Verfügung stehenden Eigenmittel und Fördermittel.

Auch im **Investitionsplan** 2014 wurde für die geplanten Investitionen bzw. Investitionszuschüsse eine durchschnittliche Förderquote von Bund und Land in Höhe von rd. 75 % veranschlagt. Die Prämisse, die an den Investitionsplan und an die Schwerpunktsetzung gestellt wurde, ist daher zunächst die weitgehende Ausfinanzierung der Maßnahmen.

Auch in diesem Jahr ist keine Kreditaufnahme geplant. Unter Zugrundelegung des gesetzlichen Anspruchs von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit war man bemüht einen Plan vorzulegen, dessen praktische Umsetzung durch eine gesicherte Finanzierung gewährleistet ist. Frau Nußbeck denke, es liegt heute alles in allem ein solider Haushaltsentwurf zur Beratung vor, der auch die Hinweise der Kommunalaufsicht aus den letzten Jahren aufgenommen hat.

Die sehr einfache und leicht handhabbare Struktur des kameralen Haushaltes ist einem sehr komplexen und komplizierten System gewichen. Die Verwaltung habe sich deshalb und vor allem auf Wunsch aus den Reihen des Stadtrates in diesem Jahr zu einer neuen Form der **Haushaltsberatungen** entschlossen.

Wir werden mit einer Einführung in den Haushalt 2014 im Haushalts- und Finanzausschuss beginnen und dann entsprechend der Zuständigkeit der einzelnen Fachausschüsse die zugehörigen Produkte und Teilpläne dort beraten. Die Ergebnisse dieser Beratungen werden in einer abschließenden Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses zusammengefasst, um dann eine Empfehlung für den Stadtrat am 29.04.2014 abzugeben.

Abschließend wünschte **Frau BM Nußbeck** allen sachliche und ergebnisorientierte Haushaltsberatungen mit dem Ziel einer zeitnahen Beschlussfassung, damit auch wieder das richtige Signal in Richtung Wirtschaft und Handwerk, Vereine und Bürgerschaft gehen kann.

## **9 Beschlussfassungen**

### **9.1 Umfang der Sanierungsmaßnahme Schloss Georgium Vorlage: BV/032/2014/I-41**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 37:00:04

### **9.2 Änderung der Satzung der Stadt Dessau-Roßlau über die Erhebung von Benutzungsentgelten im Rettungsdienst (Gebührensatzung) Vorlage: BV/007/2014/II-37**

Die Änderung der Satzung wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 41:00:00

**9.3 Beschluss über die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 221 „Ersatzneubau Schwimmhalle“ im Parallelverfahren  
Vorlage: BV/397/2013/VI-61**

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 41:00:00

**9.4 Beschluss über die 1. Änderung des INSEK für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 221 „Ersatzneubau Schwimmhalle“  
Vorlage: BV/399/2013/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 40:00:01

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Nach Beendigung des nichtöffentlichen Sitzungsteils erfolgte die Herstellung der Öffentlichkeit der Sitzung.

**11 Schließung der Sitzung**

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner schloss die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 01.05.14

---

Dr. Stefan Exner  
Vorsitzender Stadtrat

E. Baumer  
Schriftführerin